

Japanische Innenpolitik: Schwerpunkte und Tendenzen

Japanese Domestic Policy 2008/09: Highlights and Tendencies

Manfred Pohl

Domestic policy in 2008 and the first half of 2009 was once again characterized by traditional as well as recent shortcomings of political culture in Japan. That is why this chapter has to discuss the desperate fight of the Asô government for political survival under the system. The growing rift in the ruling coalition of the Liberal Democratic Party and the New Kômeitô is described as a clear signal of beginning decline of the half-century of nearly unbroken rule by the LDP. Electoral behavior of Kômeitô (or rather Sôka gakkai) followers and electoral maneuvering of conservative stalwarts is discussed, as are relations between the LDP and the opposition party with the ministerial bureaucracy, which was deeply troubled in 2008 by plans both of the LDP and the DPJ to curb its predominant role. Regional and gubernatorial elections in 2008 are outlined as possible early indicators for the disastrous election defeat of both the LDP and the Kômeitô. The chapter finally seeks to evaluate the guiding role of the imperial family in Japanese society by reflecting upon the golden anniversary of the marriage of the imperial couple.

1 Überblick

Die Jahre 2008 und 2009 dürften in die Geschichte der japanischen Innenpolitik als eine Periode eines unaufhaltsamen Niedergangs der machtgewohnten Libe-

raldemokraten verzeichnet werden. Die größte Regierungspartei LDP (Liberal-Demokratische Partei, Jiyū Minshutō) unterlag in diesem Zeitraum weiter einem inneren Zersetzungsprozess, in dem die traditionellen Herrschaftsstrukturen, die der Partei seit 1955 ein nahezu unangefochtenes Machtmonopol sicherten, zerfielen. Die Faktionen innerhalb der Partei (*habatsu*) und mit ihnen die Vernetzungen zwischen Parlamentariern und Bürokraten verloren an Bedeutung. Die Finanzierung der LDP durch Unternehmensspenden sank weiter ab, stattdessen folgte die größte Oppositionspartei DPJ (Demokratische Partei Japans, Nihon Minshūtō) diesem Weg ins drohende politische Verderben. Wie die Verwicklung des DPJ-Chefs Ichirō Ozawa und seiner Helfer in einen Spendenskandal zeigte, hatten ehemalige LDP-Politiker (wie Ozawa) diese Tradition bei ihrem Parteiwechsel von LDP zu DPJ mitgenommen und damit einen vermeintlich wesentlichen Unterschied zwischen der größten Regierungspartei und der stärksten Oppositionspartei verwischt. Das Gewicht der New Kōmeitō (NKMT) in der Koalition wächst seit Beginn des Bündnisses 1999 kontinuierlich – die Gründe: Die Regierung benötigt alle Stimmen der NKMT-Parlamentarier im Unterhaus, um die Zweidrittelmehrheit abzusichern, die nötig ist, um Entscheidungen des Oberhauses, in dem die Opposition dominiert, niederzustimmen. Zum anderen sind LDP-Kandidaten in vielen Wahlkreisen von der Unterstützung durch die Aktivisten und Sympathisanten der Sōka Gakkai (SG) abhängig (NIHON KEIZAI SHINBUN 08.09.2008).

1.1 Bruchlinien in der Koalition

Koalitionspartner der LDP in der Regierung war also auch 2008/09 die NKMT (Neue Kōmeitō), die sich aber erkennbar von der LDP zu lösen begann, je näher die Unterhauswahlen 2009 rückten. Schon unter Koizumi, Abe und Fukuda zeigte die Koalition Brüche, unter Tarō Asō aber distanzierte sich die NKMT programmatisch noch weiter von ihrem Koalitionspartner, da sich die LDP aus Sicht der NKMT von dem Sicherheitskonzept einer reinen Verteidigungsrolle für die Armee zu militärischen Abenteuern im Ausland hinbewegte (EHRHARDT 2009). Die Brüche in der Koalition dürften vor allem auf die Rolle der SG-Mitglieder bei der Unterstützung für die NKMT zurückzuführen sein. Drei Gründe bewegen nach Beobachtern traditionell die SG-Mitglieder und ihren Bekanntenkreis, für die NKMT zu stimmen: Befolgen des Willens des Internationalen Chefs der SG (und früherem Parteichef) Daisaku Ikeda, Freunde in der SG und Flucht in die Identität stiftende Gruppe der SG. Nur ca. die Hälfte der NKMT-Wähler sind SG-Mitglieder, die übrigen zählen zu den »Freunden«. Andere Parteien sammeln »Stimmen«, die NKMT

sammelt solche »Freunde« für ihre Abstimmungserfolge. Die NKMT will die Partei des Volkes sein (*minshū*), umso schwieriger wurde es für sie in der Regierungskoalition, denn hier musste die Partei Entscheidungen mittragen, die tendenziell gegen Überzeugungen in der SG gerichtet sind. Die Gefolgschaft der NKMT folgt den Vorgaben der SG, so dass die Parteiführung ihre Linie nach Belieben ändern kann. Wenn die NKMT in der Koalition die Grundsätze der SG befolgt, ist die Zustimmung unter der SG-Gefolgschaft hoch (Koizumi); sie ist dagegen niedrig, wenn die SG-Prinzipien nicht aufgegriffen werden (Abe). In ihrem Grundsatzprogramm suchte die NKMT aus diesen Gründen offenbar die Konfrontation mit der LDP, um sie »auf NKMT-Linie« zu zwingen. Der NKMT-Parteitag verabschiedete im September 2008 vier grundsätzliche Programmpunkte, die eine Konfrontation mit dem Koalitionspartner erwarten ließen: Die NKMT strebte eine »zweite industrielle Revolution« an, in der (NEW KŌMEITŌ 2009):

1. ein niedriger CO₂-Gehalt angestrebt wird,
2. Japan sollte eine Energieeinspargesellschaft werden,
3. die Landwirtschaft sollte in das 21. Jahrhundert geführt werden und
4. das gesamte Sozialsystem sollte umstrukturiert werden.

Im Oberhaus spielte die DPJ ihre Mehrheit voll aus: Zwei Vorschläge für eine neue Führung der Bank of Japan lehnte die DPJ ab, da sie als frühere Beamte des Finanzministeriums nicht genügend Distanz zur Politik besäßen. Ebenfalls abgelehnt wurde die »Anti-Terror-Mission« im Indischen Ozean, die nach Auffassung der DPJ eine Unterstützung für den »US-Krieg« bedeutete. Die Verwendung der Kraftstoffsteuer ausschließlich für den Straßenbau wurde auch abgelehnt. In allen Fällen musste die Regierungskoalition die Widersprüche der DPJ im Oberhaus mit ihrer Zweidrittel-Mehrheit im Unterhaus niederstimmen, ein Abstimmungskampf, der erst einmal 1951 angewendet worden war (WASHINGTON POST 27.04.2008).

Die kleineren Oppositionsparteien SDPJ (Sozialdemokratische Partei Japans) und die KPJ (Kommunistische Partei Japans) versanken weiter in der politischen Bedeutungslosigkeit und können in dieser Betrachtung getrost ignoriert werden. Erwähnenswert ist das »Manifest« der SDPJ, das als Wahlkampfprogramm für die Unterhauswahlen gedacht war. Die SDPJ will die drei Anti-Atomprinzipien (keine Lagerung, kein Bau, keine Einfuhr von Kernwaffen) als Gesetz verankern. Im Inneren waren ihre Hauptforderungen: die Sicherung der Lebensverhältnisse bzw. des Lebensstandards; die Einführung eines Mindestlohns von 1.000 Yen pro Stunde, Verbesserung der regionalen Gesundheitsversorgung und kostenlose Oberschulen (MAINICHI DAILY NEWS 11.08.2009). Die DPJ versucht zwar, sich vorsichtig von der SDPJ zu lösen, riskiert aber dabei den Verlust der Mehrheit im Oberhaus. Schon im Juli 2009 hatte der SDPJ-Chef Mizuho Fukushima DPJ-Chef Hatoyama kritisiert,

weil die DPJ angeblich in ihrer Haltung zum Bündnis mit den USA schwanke, d.h. näher an die USA heranrücke. Hinsichtlich der drei Anti-Atomprinzipien windet sich die DPJ, sie sollen erhalten bleiben, aber vorerst keine gesetzliche Grundlage bekommen (ASAHI SHINBUN 11.08.2009).

1.2 Unterschiede der Stimmgewichte in Wahlen wieder stärker

Im Dezember 2008 veröffentlichte das Amt für Statistik die Wählerlisten für 2008 mit Stand vom September. Danach verstärkte sich von 2007 auf 2008 der Unterschied zwischen den Stimmen in den 300 Einerwahlkreisen von dem 2,226-fachen je Stimme (Stimmgewicht des kleinsten Wahlkreises gegenüber dem Stimmgewicht des größten Stimmbezirks) auf das 2,255-fache. Anders ausgedrückt: Im kleinsten Einerwahlkreis Kōchi als 1 gesetzt, galt im größten Wahlkreis Chiba 4 das 2,255-fache Stimmengewicht bei der Wahl eines Kandidaten im Einerwahlkreis; für eine erfolgreiche Wahl genügten je Mandat in Kōchi 214.484 Stimmen, in Chiba 4 waren jedoch 483.702 Stimmen nötig (NIHON KEIZAI SHINBUN 26.12.2008).

1.3 Erbageordnete

In den Monaten vor den Unterhauswahlen 2009 zeigte sich, dass unter den möglichen Kandidaten noch immer viele – zu viele – Erbageordnete antreten wollten. Diese Parlamentarier sind Söhne von alt gedienten Spitzenpolitikern, die die Wahlkreise ihrer Väter oder Großväter übernehmen, also »erben«. Sie finden sich in der führenden Koalitionspartei LDP wie auch in der größten Oppositionspartei DPJ. In den 300 Einerwahlkreisen sind 130 Kandidaten, die eine Erbfolge ihrer Väter oder anderer Familienmitglieder antreten, davon 90 aus der LDP und 20 von der DPJ (JAPAN TIMES 30.5.2009). Das System der Erbageordneten greift weit über die Parteigrenzen hinaus: Die Tochter des früheren »Königsmachers« Kakuei Tanaka, die ehemalige Außenministerin Makiko Tanaka, wird im Wahlkreis ihres Vaters (Niigata 5), den sie erbt, regelmäßig wiedergewählt und dürfte ihn auch 2009 wieder erringen, obwohl sie zur DPJ übergetreten ist (ASAHI SHINBUN 16.08.2009). Alle Ministerpräsidenten der jüngsten Zeit gehörten zu dem beschriebenen Politikertypus: Koizumi, Shinzō Abe, Yasuo Fukuda von der LDP, aber auch Ichirō Ozawa und Yukio Hatoyama von der DPJ zählen dazu. Der ehemalige LDP-Politiker Takemura (2008) plädierte für ein Verbot der Übernahme von Wahlkreisen durch Söhne von Spitzenpolitikern. Besonders enttäuschend war in dieser Frage die Haltung Koizu-

mis, der immerhin mit dem Ziel einer Säuberung der Politik angetreten war, also auch mit der Forderung nach Abschaffung der Erbmandate: In seinem Wahlkreis Yokosuka platzierte er seinen zweiten Sohn Shinjirō, nachdem er am 26. September 2008 von der politischen Bühne abgetreten war. In »Koizumi Country« begann der zweite Koizumi bereits 2008 mit Unterstützung seines Vaters mit dem politischen *nemawashi* unter den Meinungsmultiplikatoren (JAPAN TIMES 26.09.2008). Er gewann den Wahlkreis seines Vaters sicher (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG 31.08.2009).

Die DPJ hat in ihrem »Manifest« versucht, das Problem anzupacken: das Zentrum für Politische Reformen der Partei hat am 23. April 2009 ein »Manifest« beschlossen, das es heutigen DPJ-Abgeordneten untersagt, bei den kommenden Wahlen in ihrem Wahlkreis Söhne, Abhängige oder andere Familienangehörige als Nachfolge-Kandidaten (Erbabgeordnete) aufzustellen. Der Verwandtschaftsgrad, für den das Verbot gilt, soll in weiteren Diskussionen festgelegt werden. Parteichef Ozawa schlug ebenfalls vor, in den nächsten fünf Jahren Firmenspenden und Spenden bestimmter Gruppen an einzelne Abgeordnete und ihre Spendensammelorganisationen vollständig zu untersagen (ASAHI SHINBUN 24.04.2009) Im Vorwahlkampf stoßen Vorschläge zur Abschaffung der Erbmandate kaum auf Gegenliebe, wie Umfragen unter Kandidaten beider großen Parteien zeigen: Nur 39 % der LDP-Bewerber sind gegen Erbabgeordnete, bei der DPJ sogar nur 13 % der Kandidaten gegen Erbmandate (ASAHI SHINBUN 20.08.2009).

2 Die LDP in der Existenzkrise

2.1 Verliert die LDP ihre traditionelle Wählerbasis?

Japans oberste Gerichte haben immer wieder das politische Übergewicht ländlicher gegenüber städtischer Stimmen als verfassungswidrig bezeichnet: Nach jüngsten Zählungen können in einem groben Raster 45 % der japanischen Bevölkerung als ländlich, 55 % als städtisch eingestuft werden. Ein weiterer Unterschied von verfassungsrechtlichem Zweifel ist das ungleiche Stimmgewicht zwischen kleinstem und größtem Wahlkreis. Diese Unterschiede werden besonders deutlich bei den vereinfachten Wahlergebnissen der LDP in Einerwahlkreisen: 42 % dieser Sitze werden in ländliche Stimmbezirken vergeben, 58 % in städtischen. Die Unterschiede werden noch deutlicher, wenn man die Ergebnisse der einflussreichsten LDP-Parlamentarier, die mehr als fünf Mal gewählt worden sind, betrachtet: Nur 28 % wurden in städtischen, aber 72 % in ländlichen Stimmbezirken gewählt (TAKENAKA 2009). Das Problem ließe sich vereinfacht darstellen: Innerhalb der LDP muss sich der

Partei- und Regierungschef an den ländlichen Interessen orientieren, die von den mächtigsten Politikern seiner Partei repräsentiert werden, in der Öffentlichkeit aber dominieren im Gegenteil städtische Interessen; der Regierungschef musste versuchen, hier eine Brücke zu schlagen, um politisch zu »überleben«.

2.2 Asōs politischer Überlebenskampf

Zum Jahresende 2008 fand sich Regierungschef Tarō Asō am absoluten Tiefpunkt der öffentlichen Zustimmung: Nach einer Umfrage der *Asahi Shinbun* vom 8. Dezember war die öffentliche Zustimmung für Asō innerhalb nur eines Monats von 37 % im frühen November auf 22 % abgesackt, die Ablehnungsrate hingegen stieg von 41 % auf 64 % im selben Zeitraum (SHIRAIISHI 2009). Seine Vorgänger Shinzō Abe und Yasuo Fukuda verzeichneten bei ihrem Rücktritt 20 % bis 30 %, Asō hatte diese gefährliche Grenze also bereits in weniger als drei Monaten erreicht. Auf einer Pressekonferenz übernahm er für diese Entwicklung die alleinige Verantwortung (YOMIURI SHINBUN 09.12.2008). Der Regierungschef leistete sich zuvor einige schwerwiegende Fehler, sowohl bildungsmäßig als auch politisch. Er las einige gebräuchliche *Kanji* (chinesische Zeichen mit japanischer Lesung) falsch; sein Kabinett schaffte es nicht, bis Ende Dezember für die außerordentliche Parlamentssession im Januar 2009 einen zweiten Nachtragshaushalt vorzulegen. Die geplanten wirtschaftspolitischen Maßnahmen überzeugten die Öffentlichkeit nicht und die Sorge vor wachsender Arbeitslosigkeit nahm zu (JAPAN TIMES 19.01.2009). Im Februar 2009 verblüffte Asō seine Parteifreunde und die Opposition, als er vor dem Plenum des Unterhauses bekannte, dass er seinerzeit nicht für die Privatisierung der Postdienste war, wobei er betonte, dass er als Kabinettsmitglied vor allem nicht für die Umsetzung der Privatisierungspläne Koizumis zuständig gewesen sei. Er betonte vor dem Haushaltsausschuss des Unterhauses, dass hinsichtlich der Postprivatisierung nach Koizumis Plänen eine gründliche Überarbeitung nötig sei (TŌKYŌ SHINBUN 06.02.2009). Er disqualifizierte sich damit selbst, da er unter Koizumi Innenminister und Minister für Kommunikation war und in dieser Position für die genannten Ziele zuständig zeichnete. Der überwältigende Wahlsieg der LDP 2005 ging direkt auf die Privatisierungspläne Koizumis zurück. Als Kabinettsmitglied hatte Asō den Auflösungsbeschluss als Voraussetzung für die Wahlen mit unterzeichnet, jetzt desavouierte er seine eigene Position (ASAHI SHINBUN 14.06.2009). Seit seinem Amtsantritt im September 2008 waren drei Minister zurückgetreten: Außer Hatoyama waren es Nariaki Nakayama (Land, Infrastruktur, Verkehr, Tourismus) und Shōichi Nakagawa (Finanzen), der auf einer Pressekonferenz offen-

bar unter Alkohol stand (MAINICHI SHINBUN 16.06.2009). Einige Rücktritte von Kabinettsmitgliedern schwächten Asō zusätzlich: Innenminister und Minister für Kommunikation Kunio Hatoyama trat im Juni 2009 zurück, da er Yoshifumi Nishikawa als Präsident der Post-Holding ablehnte, denn Hatoyama traute ihm eine Weiterführung der Postprivatisierung nicht zu. Spätestens im Februar zeigte die Regierung Asō Auflösungsstendenzen. Auch in der LDP wurden Stimmen laut, dass man mit Asō in einer Unterhauswahl nicht siegen könne und er nach Verabschiedung des Haushalts 2009 und damit verbundener Gesetze zurücktreten müsse. Er galt inzwischen als Verlierertyp, den seine Freunde verließen (ASAHI SHINBUN 18.02.2009).

Wirklich überrascht war kaum ein Beobachter, denn Asō hatte nur unterstrichen, was seit Abes erneuter Öffnung der LDP für die Abgeordneten, die gegen Koizumis Reformen waren und auf dessen Druck die Partei verlassen mussten, erkennbar wurde. Die LDP war spätestens seit Amtsantritt Yasuo Fukudas erkennbar auf dem Rückweg zu alten Strukturen und politischen Zielen. Die Verzögerung der Überschreibung von Einnahmen aus der Treibstoffsteuer von dem Ausgabenkonto für den Straßenbau auf das allgemeine Haushaltskonto des Staatshaushalts durch Gesetz vom Mai 2008 belegt diese Rückkehr (TAKENAKA 2008). Asō verkörpert in den Augen der Öffentlichkeit die »alte LDP«. Knapp ein Jahr nach seinem Rückzug aus dem aktiven politischen Leben kritisierte auch der Ex-Regierungschef Koizumi Asō (JAPAN TIMES 26.09.2008): Seine Äußerungen hinsichtlich der Postprivatisierung seien weniger ärgerlich als lächerlich. Asō habe bis zum September das Vertrauen der Bevölkerung verspielt, wenn man den Worten des Regierungschefs kein Vertrauen schenke, sei ein Wahlkampf aussichtslos (TÖKYŌ SHINBUN 13.02.2009; YOMIURI SHINBUN 13.02.2009). Schließlich drohte Koizumi auch damit, sein Unterhausmandat niederzulegen (MAINICHI SHINBUN 19.02.2009).

2.3 Ozawa sucht die Nähe zu den Apparaten – und die Bürokraten zu ihm

Wider Erwarten sahen die Spitzenbürokraten in Asō dennoch einen echten Nachfolger des »Bürokratenfressers« Koizumi, der anscheinend als Gefahr für die Macht der Apparate gesehen wurde. Nicht nur die Medien, auch die Bürokratie erwartete offenbar einen Sieg der Opposition in den Unterhauswahlen und suchte deshalb die Nähe zur DPJ. Diese Tendenz war besonders deutlich bei den Spitzenbürokraten des Finanzministeriums erkennbar, die ihre alten Kontakte zu Ozawa von 1993 reaktivierten. Sie hatten damals mit dem ersten Nicht-LDP-Kabinett kooperiert, man sprach vom »Finanzministerium-Ozawa-Kabinett«. Offenbar hatten

auch Finanzbürokraten bei der Ausarbeitung des Manifests der DPJ mitgewirkt, indem sie finanzpolitische Hinweise an die Opposition gaben. Nicht nur das Finanzministerium, sondern auch die Ressorts Wirtschaft und Handel sowie Gesundheit kooperierten zunehmend mit der DPJ, aber ausschlaggebend war der Widerstand des Ressorts Finanzen, wo man entschieden gegen die Barzahlungen an Familien und einen zweiten Nachtragshaushalt war, wie es Asō plante. Ozawas DPJ plante in ihrem Manifest hinsichtlich der Ministerialbürokratie tiefgreifende Änderungen: So sollten in Zukunft 100 Parteimitglieder und Parlamentarier in Spitzenpositionen der Ministerien als Führungskräfte entsandt werden. Wie auch andere LDP geführte Kabinette zuvor sollte nicht mehr der Ausschuss der Vizeminister (»Staatssekretäre«) Gesetzesvorlagen dem Kabinett unterbreiten, sondern ein Strategierat bei der Regierung sollte hier die politische Führung sicherstellen. Üblicherweise bestimmen die Karrierebürokraten mit dem Vizeminister (»beamteter Staatssekretär«) an der Spitze auch die Besetzung von Führungspositionen in den Ministerien (meist Referatsleiter), die bei einem Ministerwechsel (anders als in Deutschland) nicht in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können und somit in den Ministerien ein geballtes Machtpotential formen, gegen das ein Politiker (Minister) kaum ankommt. Jüngstes Beispiel ist das Scheitern der ehemaligen Außenministerin Makiko Tanaka an ihren Führungsbürokraten, die von Regierungschef Koizumi die Entlassung der Ministerin erzwangen. Die DPJ will bei dieser Personalpolitik die Prägogative der politischen Entscheidungsträger sichern.

Nach den episodenhaften Zwischenspielen Abes und Fukudas blieb Asō keine politische Fluchtmöglichkeit, er musste die LDP und die Regierung in Neuwahlen führen. Maßstab für ein kaum denkbare gutes Abschneiden der LDP war der überwältigende Wahlsieg Koizumis 2005, der für die Regierungskoalition eine Zweidrittelmehrheit im Unterhaus brachte. Asō musste sich mit dem charismatischen »Löwenherz« Koizumi messen, der in der Öffentlichkeit (und für die LDP) als eine Art politischer Lichtgestalt erschien. Nur wenige Beobachter kritisierten Koizumi und seine Politik; zu ihnen zählt der Doyen der politischen Kommentatoren Minoru Morita (2008), der sich als Ikonoklast betätigte. Seine zentralen Vorwürfe gegen Koizumi: Die so genannten Verdienste Koizumis seien durch Medienberichte entstanden, die ein »Koizumi-Fieber« ausgelöst hätten. Aber Koizumi hinterlasse ein beschädigtes Japan, das von zerstörten Traditionen und Lebensart gezeichnet sei. Er habe eine gesplante Gesellschaft von Reichen und Habenichtsen geschaffen, in dem es »working poor« gäbe; er habe die Gebietskörperschaften im Stich gelassen und das Sozialsystem (Medizinversorgung, Pensionen, Alterspflege) zerschlagen. Unter seiner Herrschaft sei das Schicksal Japans noch enger mit dem der USA verknüpft worden und er habe ein neoliberales System nach dem Vorbild der US-Re-

publikaner geschaffen – die kommenden Unterhauswahlen müssten eine Abrechnung mit dem System Koizumi sein und seine Folgen müssten beseitigt werden.

Auch Ozawas schärfster Gegner in der DPJ, der nach dessen Rücktritt nur knapp Hatoyama im Wettkampf um die Parteiführung unterlag, teile die Kritik an Koizumis Politik: Nach Okada (2008) ziele er auf eine Umverteilung der Staatsausgaben, die die ärmeren Teile der Bevölkerung treffen werde, etwa bei den Ausgaben für Krankenhauspflege und medizinische Versorgung, die vom Gesundheitsministerium festgelegt werden sollten – nicht vom Parlament. Nach den so genannten »new leaders« (Shintarō Abe, Noboru Takeshita, Kiichi Miyazawa) und ihrem Scheitern, verblieb als einziger »Kämpfer« in der LDP noch Junichirō Koizumi (Regierungszeit 2001–2006). Seine Drohung, die »LDP zu zerstören«, führte zu einer Schwächung der Partei, die sich noch verstärkte, als seine Nachfolger die kämpferische Politik Koizumis fortsetzen wollten. Koizumi versäumte es, während seiner Amtszeit Zukunftsperspektiven für Japan zu entwerfen, die Privatisierung der Postdienste, die in den Unterhauswahlen 2005 für LDP und NKMT eine »Supermehrheit« brachten, beruhte auf einer Simplifizierung eines einzelnen Programmpunktes (MIKURIYA 2009).

Asōs Programm, wie es das Amt des Premierministers kurz vor den Wahlen vorlegte, schien auf Beseitigung der Folgen der Koizumi-Regierung zu zielen, wie Morita es beklagte: Überwindung der Probleme der Bevölkerung im täglichen Leben; dazu wollte Asōs Regierung aus einem Fonds von zwei Trillionen Yen je 4-Personen-Haushalt 60.000 Yen als Bartransfer zahlen. Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollten gesenkt werden und die Netto-Einkommen gesteigert werden. Die sogenannten Freeter (*furitā*, nicht sozialversicherungspflichtige, irregulär Beschäftigte) sollten in feste Beschäftigungsverhältnisse übernommen werden. Der Mittelstand, d.h. die Klein- und Mittelbetriebe, sollten günstige Kredite erhalten, dazu sollte der staatliche Kreditfonds von 9 Trillionen Yen auf 30 Trillionen aufgestockt werden. Dann folgte die bittere Medizin: Zur Finanzierung des Staatshaushalts sollten keine Defizit finanzierten Staatsanleihen ausgelegt werden, vielmehr sei eine Erhöhung der Mehrwertsteuer unvermeidlich (Asō 2008).

Vorsichtig versuchte Asō, auch Koizumis Konfrontation mit den Staatsbediensteten fortzusetzen: Er nahm eine grundlegende Veränderung des Systems der öffentlich Beschäftigten in Angriff (»Beamte« wie in Deutschland gibt es in Japan nicht). Hauptziel war die Rückgewinnung der Priorität der Politik über die Apparate. Im Mittelpunkt stand bei den Reformen (wieder einmal) die Bekämpfung des *amakudari* (überwechseln von Spitzenbürokraten in leitende Positionen vor allem bei staatlichen oder halbstaatlichen Unternehmen). Dazu plante Asō die Regierungskontrolle über das Personalamt zu verstärken, diese Aufgabe sollte einem Vor-

schlagsausschuss bzw. Aufsichtsgremium beim Amt des Regierungschefs übertragen werden, wo auch die über die Besetzung der Spitzenpositionen in Ministerien entschieden werden soll (ASAHI SHINBUN 30.01.2009). Hauptkritikpunkt war der Vorwurf seitens der Politik, dass Spitzenbürokraten weniger nationale Interessen als vielmehr »Interessen ihrer Häuser« (Ministerien, Behörden) wahrnehmen, weil sie hier in ihrer weiteren Karriere gefördert werden, beispielsweise beim *amakudari* oder/und dem unverzüglichen Übergang in eine führende Unternehmensposition. Asō wollte das *amakudari* »ausmerzen« und führte dazu gegen den Willen des Nationalen Personalamtes (Jinji'in) einen Kabinettsbeschluss herbei (TŌKYŌ SHINBUN 03.02.2009). Die Praxis des *amakudari* verstoße so gegen die Verfassung, da hier die Prerogative der Politik über die Staatsbürokratie festgelegt ist. Besonders deutlich wird dieses Missverhältnis in der Rolle der »politischen Beamten«, die es in dieser Funktion in Japan nicht gibt. In den Phasen des wirtschaftlichen Hochwachstums nach dem Krieg lag die Verantwortung für die Wirtschaftsplanung bei den Bürokratien, d.h. bei den Ressortchefs, die sich ihrerseits auf die führenden Abteilungsleiter verließen. Jetzt soll die »Führung bei der Politik« liegen, ein Plan, der keineswegs neu ist: Schon 1964 hatte ein außerordentlicher Ausschuss die Überarbeitung von Politik und Spitzenverwaltung unternommen, dessen Vorschläge jetzt in die angedachte Verwaltungsreform Eingang fanden. Unter Hashimoto war 1997 vom Kabinett eine erste Verwaltungsreform beschlossen worden, die Umsetzung unternahmen nacheinander die Kabinette Abe, Fukuda und Asō – auch die DPJ unterstützt den Plan. Für die Durchführung der Reformen waren vier Jahre eingeplant, aber das Nationale Personalamt kündigte Widerstand an. Dieser Widerstand richtete sich vor allem gegen die geplante Führungsrolle der Politik (Kabinett und Regierungspartei) bei der Besetzung von Positionen leitender Bürokraten, also die politische Kontrolle der Personalpolitik; diese Aufgabe sollte den Vizeministern entzogen und einer Stabsstelle beim Amt des Ministerpräsidenten übertragen werden. Bereits im November ließ Asō eine Runde von Kennern der Personalpolitik Entwürfe erarbeiten, die 2009 dem Parlament vorgelegt werden sollten; es ging vor allem um Funktionsteilung zwischen Jinji'in und Jinjikyoku. (MAINICHI SHINBUN 29.11.2008, NIHON KEIZAI SHINBUN 04.02.2009)

Nach dem Rücktritt Fukudas wurde Tarō Asō am 22. September 2008 von den LDP-Abgeordneten beider Häuser des Parlaments mit überwältigender Mehrheit zum Parteichef gewählt, zwei Tage später auch zum Regierungschef. Die innerparteiliche Situation wurde vom Konkurrenzkampf zwischen drei Hauptfraktionen geprägt: Die Heisei Research Group, die aus der Keiseikai Kakuei Tanakas hervorgegangen ist, die Seiwa Policy Research Group (heute größte LDP-Fraktion), die von Takeo Fukuda gegründet worden war und der heute Yoshiro Mori, Shinzō Abe,

Yasuo Fukuda u.a. angehören. Die dritte Gruppe ist die Kōchikai, die von Hayato Ikeda gegründet worden war und deren prominenteste Führer Masayoshi Ohira und Kiichi Miyazawa waren. (JAPAN TIMES 22.06.2009)

2.4 LDP und die Asō-Krise

Für den Zeitraum, den es hier zu betrachten gilt, bedeutete der September 2008 einen tiefen Einschnitt mit weit reichenden Folgen für die politische Struktur Japans im allgemeinen und für die größte Regierungspartei (LDP) im besonderen: Völlig unvermittelt erklärte Regierungschef Yasuo Fukuda auf einer Pressekonferenz seinen Rücktritt. Er begründete den Schritt damit, dass er seine Regierung nicht in der Lage sehe, die politischen Zielsetzungen in der erwarteten außerordentlichen Parlamentssession zu verwirklichen. Innerhalb nur eines Jahres trat damit der zweite Regierungschef zurück, nachdem Shinzō Abe zuvor das Handtuch geworfen hatte. In den Medien wurde Fukuda heftig kritisiert, da er mit seinem Schritt die ohnehin schon verworrene innenpolitische Lage weiter verschärfe. Als Grund für diese Lage wurde ein struktureller Fehler ausgemacht, der in dem Gegensatz zwischen öffentlicher Meinung und innerparteilicher Konstruktion in der LDP begründet war. Der Einschnitt lag angeblich hier in den Wahlrechtsreformen von 1994, durch die 300 Einerwahlkreise eingeführt wurden. Jeder Regierungschef musste fortan die öffentlichen Erwartungen mit den Kriterien für die partei-interne Kandidatenaufstellung in Einklang bringen, um seine Macht innerparteilich abzusichern. In der Regierungspartei wurde das zunehmend schwierig, so dass aus dem Gegensatz zwischen öffentlichen Erwartungen und innerparteilichen Zwängen eine fortschreitende Erosion der Machtbasis des Partei- und Regierungschefs zu verzeichnen war. Daraus ergab sich der Verlust öffentlicher Unterstützung für den Regierungschef und seinem Kabinett und führte unvermeidlich zu dessen Rücktritt. Die Dominanz »ländlicher« Stimmen in der LDP steht in krassem Widerspruch zur Entstehung der öffentlichen Meinung, in deren Ausformung die »städtischen« Stimmen/Wähler prägend sind.

Die Wahlrechtsreformen von 1994 machten es für den Regierungschef noch notwendiger, die öffentliche Meinung zu umwerben; das politische Schicksal der Kandidaten in Einerwahlkreisen hängt seither wesentlich von der öffentlichen Einschätzung des Regierungschefs ab. In diesen Wahlkreisen müssen Kandidaten direkt dem Wähler gegenüber treten und sich mit Berufung auf die »öffentliche Politik«, wie sie vom Regierungschef verkörpert wird, persönlich durchsetzen. In Mehrerwahlkreisen dagegen konkurrieren mehrheitlich Parteien und Kandidaten

um die Wählergunst, das gilt vor allem in Koalitionsregierungen. Der Sturz der »reinen« LDP-Kabinette 1993 und die Regierungsübernahme durch eine Koalition veränderte nach Auffassung von Beteiligten das Wesen der japanischen Politik nur geringfügig (so Masayoshi Takemura, ehemals LDP-Mitglied und Gründer der Sakigake Shintō, der 1993 die Koalitionsregierung wesentlich führte) (TAKEMURA 2008).

Abe und Fukuda traten ihr Amt jeweils mit starker öffentlicher Unterstützung an, aber ihre Zustimmungsraten sanken allmählich ab: Abe musste die Verantwortung für Fehler im Sozialversicherungssystem übernehmen, wo Millionen Akten verschwunden waren. Auch sein Nachfolger Fukuda wurde von den Fehlern im Gesundheitsministerium verfolgt. Vor allem aber schafften es Abe und Fukuda nicht, eine Politik zu formulieren, die in der Öffentlichkeit Rückhalt fand. Koizumi hatte 2005 die LDP zu einem überwältigenden Sieg geführt, nachdem er seine Partei als Partei der Reformen (z.B. die Postreform) positioniert hatte; die Öffentlichkeit wollte diese Reformen fortgesetzt sehen, auch als Fukuda 2007 die Regierungsgeschäfte übernahm. Koizumi hatte »Parteirebellen«, die gegen seine Postreformen waren, aus der LDP gedrängt. Fukuda ließ sie wieder in die Partei eintreten. Aus Sicht der Öffentlichkeit ein Zeichen, dass er die Reformen Koizumis nicht fortsetzen wollte.

Für die Nachfolge Fukudas traten fünf Kandidaten an; der Wahlvorgang verlief völlig anders als in vorangegangenen Wahlen zur Parteipräsidenschaft und damit zum Regierungschef: Bis 2008 waren es stets Faktionsbosse, die gegeneinander antraten, in diesem Jahr war nur Asō Chef einer Faktion, noch dazu einer kleinen Gruppe von 20 Parlamentariern. Ansprüche auf Teilnahme an dem »Rennen« konnten nur Politiker anmelden, die zuvor in der LDP einen der drei wichtigsten Parteiposten bekleidet hatten, d.h. entweder Generalsekretär, Vorsitzender des Parteausschusses oder Vorsitzender des Ausschusses für politische Grundsatzfragen waren; hinzu kam die Erwartung an die Kandidaten, mindestens einmal ein Schlüsselressort im Kabinett bekleidet zu haben (z.B. Außenminister), auch diese Voraussetzung erfüllte nur Asō. Die übrigen vier Bewerber waren Kaoru Yosano (Minister für Wirtschaft und Finanzen), Shigeru Ishiba (früher Verteidigungsminister), Yuriko Koike (ebenfalls) und Nobuteru Ishihara (Minister für Land, Infrastruktur und Transport). Koike trat für eine Fortsetzung der Politik Koizumis ein und wurde von ihm unterstützt; sie galt als Kandidatin für die erste Frau als Parteichefin der LDP. Nobuteru Ishihara hatte ebenfalls einen gewichtigen familiären Verbündeten, den populären Gouverneur von Tokyo Shintarō Ishihara (JAPAN TIMES 20.09.2009).

Mit diesem Problem trat Tarō Asō sein Amt an, wobei sich überdies noch eine wirtschaftliche Krise abzeichnete bzw. fortsetzte, die durch die weltweite Finanzkrise ausgelöst worden war. Hauptziel Asōs war aber auch 2008/09 der Machterhalt

für die LDP; er setzte damit die Tradition aller LDP-Regierungschefs seit 1993 fort (KUSANO 2009). Die Problematik wurde besonders bei dem »Feilschen« um die Verabschiedung eines zweiten Nachtragshaushalts im November 2008 deutlich. Die DPJ verknüpfte eine Zustimmung zu dem Entwurf im Oberhaus mit der Annahme einer Novellierung des neuen Antiterror-Sondergesetzes, das im Ausschuss für Außen- und Verteidigungspolitik eingebracht werden sollte, anderenfalls wollte die DPJ den Entwurf ablehnen. Auch ein neues Konjunkturpaket, das seit Dezember 2008 im Oberhaus beraten wurde, verknüpfte Ozawa für die DPJ mit der Zustimmung zu einem Nachtragshaushalt. Zugleich hofften Kräfte in der LDP auf eine vorzeitige Auflösung des Unterhauses und Neuwahlen im Frühjahr 2009, wenn die Gesetzentwürfe auf einer außerordentlichen Session des Parlaments verabschiedet waren (YOMIURI SHINBUN 18.11.2008). Das Konjunkturpaket wurde auf der außerordentlichen Parlamentssession trotz heftigen Widerstandes der DPJ schließlich verabschiedet. Hilfreich war dabei die Sitzverteilung beider Häuser des Parlaments (vgl. Tab. 1).

TABELLE 1: *Sitzverteilung im Ober- und Unterhaus, Januar 2009*

Partei/Gruppe	Unterhaus	Oberhaus
LDP	304	82
DPJ	113	118
Neue Kōmeitō	31	21
KPJ	9	7
SDPJ	7	5
Neue Volkspartei	7	-
Kakushin Kurabu	-	4
Unabhängige	8	5
Vakanz	1	-

Quelle: NIHON KEIZAI SHINBUN 06.01.2009.

2.5 Asō flüchtet in die Außenpolitik: Widerstände im Oberhaus

Die verschärfte innenpolitische Lage ließ Asō geradezu in die Außenpolitik »flüchten«; Auftritte auf internationalen Bühnen häuften sich 2008. Vom 14.–15. November 2008 nahm Asō an der G-20-Konferenz in Washington teil, auf der er das Forum nutzte, die Bundesrepublik Deutschland wegen angeblich zögerlicher Förderpro-

gramme zur Ankurbelung der Konjunktur offen zu kritisieren. Japan erklärte sich bereit, aus den eigenen Währungsreserven bis zu 100 Mrd. US\$ als Kredit an den IMF zu vergeben. Am 21. November traf Asō den peruanischen Regierungschef, beide Länder schlossen ein Investitionsschutzabkommen, zwei Tage später nahm Asō am APEC-Gipfel in Lima teil. Im Dezember traf Asō zu einem trilateralen Gipfel mit Chinas Premierminister Wen Jiaobao und dem südkoreanischen Präsidenten Lee Myung-Bak zusammen. Im November endeten auf Weisung der Regierung die Lufttransporte durch die japanische Luftwaffe zwischen Kuwait und Irak – eine durchaus populäre Maßnahme. Dagegen musste die LDP-/NKMT-Mehrheit im Unterhaus ein ablehnendes Votum des Oberhauses gegen die Fortsetzung der Auftank-Aktivitäten der japanischen Marine für Einheiten im Antiterrorkampf im Indischen Ozean niederstimmen, nachdem das Oberhaus mit seiner DPJ-Mehrheit die Versorgungsfahrten abgelehnt hatte.

Unter regulären innenpolitischen Bedingungen wäre das Gipfeltreffen Asōs mit dem indischen Regierungschef Manmohan Singh am 22. Oktober im Ergebnis eine mittlere Sensation gewesen: Beide Staaten kamen überein, enger im Bereich der Sicherheitspolitik zusammenzuarbeiten. Asō und Singh unterzeichneten dazu eine Erklärung über strategische und globale Partnerschaft und Sicherheitskooperation. Indien ist nach den USA und Australien der dritte Staat, mit dem Japan ein solches Abkommen geschlossen hat. Die Erklärung zur Wirtschaftskooperation beschränkte sich auf die Vereinbarung, bis Ende 2009 ein Rahmenabkommen zu schließen; dabei blieb aber die Kooperation auf dem Gebiet der Nukleartechnik ausgeklammert, da Indien den Nichtverbreitungspakt nicht unterzeichnet hat – ein Beschluss des japanischen Kabinetts, der offenbar auf Druck der NKMT gefasst wurde.

Die internationalen Aktivitäten wirkten sich angesichts innenpolitischer bzw. wirtschaftspolitischer Defizite auf die Popularität Asōs nicht aus: In einer Umfrage der Kyodo-Nachrichtenagentur fiel Asō in der öffentlichen Wertschätzung als Regierungschef mit 33,5 % erstmals hinter Ozawa mit 34,5% zurück (KYODO NEWS 15.03.2009).

3 Nichts Neues: Opposition wie stets ebenfalls in der Krise

Mit Übernahme des Parteivorsitzes im April 2006 und seiner Wiederwahl (ohne Gegenkandidaten) für eine dritte Amtszeit als Parteichef hat Ichirō Ozawa die Demokratische Partei vom Weg der Reformen weggeführt: Die DPJ forderte staatliche Subventionen, besonders für ländliche Haushalte, was in krassem Gegensatz zu

früheren politischen Grundsätzen der DPJ stand, die Ausgabendisziplin verlangte. Der Sinneswandel der DPJ ist auf das Wahlergebnis von 2005 zurückzuführen: Aus der »städtischen Partei« DPJ wurde eine ländliche Partei; nach verheerenden Niederlagen in den Großstädten sind heute 60 % der DPJ-Parlamentarier ländlichen Stimmbezirken zuzuordnen (MURAKAMI 2009). Als Ozawa die Führung der DPJ übernahm, gelobte er, die Partei und sich selbst zu reformieren, Ende 2008 war ein solcher Umdenkprozess nicht erkennbar. Im Kern der Reformhindernisse war das Wahlsystem, d.h. die Mischung aus Einer- und Mehrerwahlkreisen. Koizumi nutzte dieses System perfekt, indem er wichtige LDP-Bosse in Einerwahlkreisen antreten ließ, sie aber zugleich auf Plätzen in Mehrerwahlkreisen absicherte, wie Takemura, damals Sekretär der LDP-Abteilung für Politische Reformen, bezeugt. Gleichzeitig ließ Koizumi aber auch jüngere (»unbelastete«) Kandidaten in Einer-Wahlkreisen gegen die »Platzhirsche«, seine Gegner, antreten; »Koizumis Kinder« machten den Parteibossen hier größte Schwierigkeiten. Der Opposition von heute steht dieses Mittel nicht zur Verfügung, sie muss sich letztlich auf politische Überzeugungsarbeit stützen. Für die DPJ kommt erschwerend hinzu, dass sich die Unterschiede zwischen der größten Regierungspartei und der stärksten Oppositionspartei zu verwischen beginnen – die DPJ verliert an Profil, da sie mit ihrer Mehrheit im Oberhaus faktisch mitregiert und wesentliche politische Vorhaben der LDP-Koalition mit trägt, um den Zeitplan für Neuwahlen voranzubringen (KUSANO 2009).

Der »Index 2009«, das Grundsatzprogramm der DPJ, mit dem sie in den Wahlkampf ziehen wollte, enthielt mehrere Grundsätze, die mittelfristig zu einem Bündnis mit der LDP (»große Koalition«) oder zu einer eigenständigen DPJ-Regierung (mit zwei kleineren Koalitionspartnern) führen könnte (vgl. Tab. 2). Die DPJ wollte den Verbraucher in den Mittelpunkt ihrer Forderungen stellen; die Mehrwertsteuer sollte in den kommenden vier Jahren nicht über 5 % steigen. Der Sicherheitsvertrag mit den USA sollte herabgestuft werden, stattdessen sollte Japan engere Kontakte zu Nachbarstaaten in der Region suchen. Diese Forderungen hatten in der amerikanischen Regierung bereits einige Besorgnis ausgelöst: Es gab diskrete Kontakte zwischen der DPJ und Washington, über diese Kanäle übte die US-Regierung Druck auf die DPJ aus, das »Status of Forces Agreement« beizubehalten, über das die Stationierung von US-Truppen in Japan gesichert war (ASIA TIMES 26.07.2009; REUTERS 13.07.2009).

TABELLE 2: *Hauptslogans zwischen Regierungslager und Opposition
(Dezember 2008)*

LDP		DPJ
Für ein vitales Japan, in dem jedermann ein gesichertes Leben führen kann.	Kernaussage	Sicherung einer Politik des Volkes, durch das Volk und für das Volk
Eine angemessene Politik als Reaktion auf die Wirtschaftskrise kann nur die LDP entwickeln. Alle Kräfte auf die Bewältigung der Lage konzentrieren.	Ziele der Unterhauswahlen	Ihre Stimme für die DPJ; das Volk als Souverän muss die Herrschaft von LDP und Kōmeitō beenden, weil diese nicht ausreicht.
Seit Amtsantritt hat der Ministerpräsident unbeirrt seine Politik verfolgt; es wäre unverantwortlich, jetzt an Regierungswechsel zu denken.	Gegenseitige Kritik	Unter der ziel- und tatenlosen Politik der Regierung Asō setzt sich der rapide Niedergang der Wirtschaft fort.
Durch ein wirtschaftliches Konjunkturförderprogramm in Höhe 75 Mrd. Yen wird erstmals in der Welt die japanische Wirtschaft aus der Krise geführt.	Wirtschaftspolitik	Beginn zweier »New Deal«-Maßnahmen zum Erhalt der Umwelt, der wirtschaftlichen Sicherheit und des Vertrauens.

Quelle: MAINICHI SHINBUN 19.01.2009.

Zu einem Problem für die DPJ entwickelte sich auch das enge Verhältnis der beiden Hatoyama-Brüder. Kunio Hatoyama wirkte zwar in der LDP, während Yukio Hatoyama die DPJ führte, aber beide betonten ihre feste Bindung zueinander. Kunio Hatoyama unterstrich sogar, dass diese Bindung zu seinem Bruder (verständlicherweise) enger wäre als zu Ichirō Ozawa, trotz aller Probleme miteinander, die Rede war sogar von Gründung einer neuen Partei vor den Unterhauswahlen (ASAHI SHINBUN 14.06.2009).

3.1 Ozawa im Korruptionssumpf

Ein verheerender Schlag für die DPJ war jedoch die Festnahme Takanori Okubos, des ersten Sekretärs von Ozawa (zuständig für politische Fragen), unter dem Verdacht der Annahme illegaler Spenden von einem Bauunternehmer, der Nishi-matsu-Gruppe und ihre falsche Abrechnung. Die Zahlungen gingen zwischen 2003 und 2006 auf dem Umweg über die Fördergruppen Ozawas *Shin seiji mondai kenkyūkai* (Neue Studiengesellschaft für politische Probleme und die *Mirai sangyō*

kenkyūkai (Studiengruppe für Industrien der Zukunft, beide 2006 aufgelöst) an die *Rikuzankai* (Berg- und Landgesellschaft), wobei die beiden Studiengesellschaften als Tarnorganisationen dienten, um nicht unmittelbar Ozawas Förderorganisation, die *Rikuzankai*, zu nennen. Unternehmens- und Familienangehörige der Unternehmensführung von Nishimatsu waren als Mitglieder der beiden Tarnorganisationen eingetragen und unterhielten daneben Scheinfirmen, über die Spendenzahlungen abgewickelt wurden: Sie zahlten individuelle Spenden unter eigenem Namen, die dann als Lasten unter allen Beteiligten verteilt wurden. Zahlungen gingen an einzelne Parlamentsabgeordnete, auch an Ozawa, der als Leiter der Präfekturorganisation der DPJ von Iwate registriert war (ASAHI SHINBUN 04.03.2009; MAINICHI SHINBUN 25.03.2009). Als Gegenleistung für die illegalen Zahlungen unterstützte Ozawa die Nishimatsu-Gruppe bei der Vergabe von vier Bauprojekten im Gesamtwert von 12,27 Milliarden Yen (JAPAN TIMES 24.06.2009). Die Kritik an Ozawa wurde laufend stärker: 71 % der Bürger waren der Ansicht, dass er nicht mehr länger Chef der DPJ sein könne. Am 11. Mai 2009 trat er zurück, antwortete jedoch nicht konkret auf die Vorwürfe gegen ihn. Anfänglich weigerte er sich zurückzutreten und kritisierte die Staatsanwaltschaft; er selbst sei sich keiner Schuld bewusst, die Verfehlung (verbotene Einzelspende an Politiker) habe sein Sekretär Okubo allein zu verantworten (ASAHI SHINBUN 04.03.2009). Aber auch aus den Reihen der DPJ mehrten sich die Forderungen nach einem Rücktritt Ozawas, es wurden Image-schäden für die Partei in der Öffentlichkeit befürchtet. Ozawa selbst wollte die Reaktion der Bevölkerung abwarten, bevor er sich zu weiteren Schritten entschloss (ASAHI SHINBUN 25.03.2009). Um die Nachfolge Ozawas in der DPJ-Führung kam es zum Duell zwischen Yuki Hatoyama und Katsuya Okada, das Hatoyama mit 124 Stimmen der 221 DPJ-Abgeordneten gegen 95 auf Okadas Seite für sich entscheiden konnte. Der neue DPJ-Chef unterhält enge Kontakte zu Ichirō Ozawa, so dass dessen Rücktritt aus Sicht der Bürger nur eine Äußerlichkeit war, Ozawa aber de facto die Kontrolle über die Partei behielt (JAPAN TIMES 17.05.2009). Er wird auf Bitten Hatoyamas die Wahlstrategie der DPJ entwickeln und den Wahlkampf leiten. Die Tatsache, dass Ozawa sich jahrelang in führender politischer Rolle halten konnte, muss überraschen, denn seine politischen Mentoren waren mit Korruptionsaffären schwer belastete LDP-Politiker, darunter Kakuei Tanaka und Shin Kanemaru, von denen Ozawa die Kunst der politischen Manipulation gelernt hatte (ELLIOT 2009).

Die Verhaftung Okubos hat gezeigt, dass die Staatsanwaltschaft jetzt bereit war, illegale Spenden und ihre Falschbuchung als echtes Verbrechen zu werten und so das Strafrecht konsequent anzuwenden. Kriminelle Kontakte zwischen Politik und Wirtschaft lösen jetzt strafrechtliche Verfahren aus, früher neigte die Staatsanwaltschaft eher dazu, Verfahren im Sande verlaufen zu lassen. Wendepunkt war

der Shin Kanemaru-Skandal von 1992: Kanemaru hatte von der Spedition Sagawa Kyūbin 500 Mio. Yen an politischen Spenden erhalten, deutlich mehr als im Gesetz über politische Spenden festgelegt war. Eine Sonderabteilung der Staatsanwaltschaft Tokyo eröffnete ein Strafverfahren gegen den damaligen Vizepräsidenten der LDP. Ein erster Verstoß gegen das Finanzierungsgesetz politischer Gruppierungen und einzelner Politiker wurde 1954 verzeichnet, als der mächtige LDP-Politiker und spätere Regierungschef Eisaku Satō (Bruder von Nobusuke Kishi) unter Verdacht geriet, von Werften illegale Spenden angenommen zu haben. Sein Vergehen fiel unter eine Generalamnestie, und erst 38 Jahre später wurde wieder mit dem Verfahren gegen Kanemaru ein ähnliches Vergehen untersucht. Es folgten Verfahren gegen die Unterhausabgeordneten der LDP Yōjirō Nakajima (1998), Muneo Suzuki (2002) und Takanori Sakai (2003), der als erster Parlamentarier 2004 angeklagt wurde (MAINICHI SHINBUN 13.03.2009).

In einem Interview gab der altgediente LDP-Politiker YASUHIRO NAKASONE (2008) seine Einschätzung der DPJ: Er hielt sie grundsätzlich für regierungsfähig, nachdem sie eine Reihe von externen Problemen überstanden habe. Im Inneren sah Nakasone jedoch Unsicherheiten der DPJ; als Beispiel nannte er die Tatsache, dass unter den DPJ-Abgeordneten noch immer etwa 30 frühere Sozialisten zu finden seien. Sie dürften nach einer Regierungsübernahme der DPJ für sechs Monate oder sogar ein halbes Jahr stillhalten, aber nach spätestens zwei oder drei Jahren dürften sie zu einem Risikofaktor werden. Nakasone zog damit einen Vergleich zur Regierung Tetsu Katayama (1947–48), der einzigen sozialistisch geführten Regierung, die in einer Koalition an inneren Spannungen zerbrach.

4 Regionalwahlen 2008/09: Tendaussagen über das Schicksal der Regierung Asō?

In der Präfektur Ibaraki wurde der parteilose Tomikazu Fukuda in seinem Amt als Gouverneur bestätigt. Er wurde von LDP und NKMT unterstützt, die die traditionelle landsmannschaftliche Verbundenheit der meisten Gouverneure für sich nutzten: Fukuda hatte seine gesamte politische Karriere in Ibaraki durchlaufen (Bürgermeister von Utsunomiya, Präfekturversammlung, usw.) (ASAHI SHINBUN 17.11.2008). Gleiches galt für die Wahl des Gouverneurs von Akita: Hier siegte erstmals der parteilose Norihisa Satake, der wiederum von der LDP und der Sozialdemokratischen Partei unterstützt wurde (ASAHI SHINBUN 13.04.2009). Dagegen ging die Hochburg der Konservativen Yamagata für die LDP verloren; dort wurde als Gouverneur ein Newcomer gewählt, der den konservativen Amtsinhaber schlug.

Hauptgründe für die Wahlentscheidung war Unzufriedenheit mit der Regierung Asō, der Slogan »Wechsel für Yamagata!« stand letztlich nicht nur für die Präfektur Yamagata, sondern auch für die nationale Politik (SANKEI SHINBUN 26.01.2009).

Nach der großen Gemeindereform von 2005, in deren Verlauf 34 neue Städte entstanden, wurde im April 2009 erstmals eine »Mini-Regionalwahl« abgehalten, deren Ergebnisse beträchtliche Veränderungen in der politischen Führung einiger Großkommunen brachte. In 25 Großstädten, darunter Akita-City wurden neue Bürgermeister gewählt. Durch Spaltungen in den Regionalorganisationen der LDP setzte sich die Niederlagenserie konservativ orientierter Amtsinhaber fort. In neun Großstädten wurden die Bürgermeisterposten ohne Stimmabgabe vergeben, so dass in 34 Großstädten neue Bürgermeister ins Amt kamen. In neun Städten unterlagen die Amtsinhaber, die meisten von ihnen LDP-Mitglieder oder von der LDP gestützt (ASAHI SHINBUN 14.04.2009). In Fortsetzung der Kommunalwahlen wurden am 19. April 2009 in 22 Großstädten neue Bürgermeister gewählt, von denen sechs als Amtsinhaber ihren Posten verloren. Mit wenigen Ausnahmen wurden Kandidaten gewählt, die von LDP oder DPJ gestützt wurden, allerdings kam es auch in dieser zweiten Runde von Kommunalwahlen zu Spaltungen in den Regionalorganisationen der LDP, die sich aus den bevorstehenden Unterhauswahlen erklärten. Trotz Verlusten für die LDP war aus den Ergebnissen kein positiver Trend für die DPJ abzulesen, vielmehr unterstrichen die Ergebnisse die Unzufriedenheit der Wähler mit beiden großen Parteien und ihrer Führung, so weit sich das überhaupt aus Regionalwahlen folgern lässt (MAINICHI SHINBUN 20.04.2009).

In dieser schwierigen Lage strebte Asō vorgezogene Unterhauswahlen am 8. August 2009 an, verschob aber den Wahltermin auf Druck des Generalsekretärs seiner Partei, Hiroyuki Hosoda, und dem Chef der Neuen Kōmeitō Akihiro Ōta auf später. Die Verschiebung brachte Asō in Zeitnot, denn bis zum September mussten turnusmäßig die Unterhauswahlen stattfinden. Nicht nur der Zeitdruck, sondern auch die politischen Rahmenbedingungen ließen für Asō und die LDP in den Wahlen nichts Gutes erwarten: Nach Umfragen würden sich 41 % der Wähler für die DPJ, aber nur 23 % für die LDP entscheiden; 42 % waren für Hatoyama als Regierungschef, nur 22 % hätten sich für Asō entschieden (JAPAN TIMES 13.07.2009).

Ursprünglich hatte Asō geplant, durch Drehen am Personalkarussell innerparteilich Luft zu bekommen: Das Kabinett und die Parteiführung sollten neu aufgestellt werden. Selbst ein Minister trat öffentlich für eine Kabinettsumbildung ein; für einen Minister im Amt ein höchst ungewöhnlicher Schritt. Unter dem Druck der Parteioberen verzichtete Asō aber kurz vor den Unterhauswahlen auf umfangreiche Personalverschiebungen. Stattdessen wurden zwei Minister von Aufgaben entlastet, so übernahm der ehemalige Verteidigungsminister Yoshimasa Haya-

shi vom Superminister Kaoru Yosano ein Ressort, Yosano blieb Finanzminister (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND 02.07.2009). Asō plante die Ernennung von drei neuen Ministern und scheiterte mit diesem Plan an der Parteiführung (FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG 01.07.2009). Innerhalb der LDP regte sich also offener Widerstand gegen Asō, dem viele Parlamentarier nicht mehr zutrauen, die Partei zu einem Sieg in den Unterhauswahlen zu führen. Der frühere Generalsekretär der LDP, Nakagawa, forderte öffentlich den Rücktritt des Partei- und Regierungschefs, auch der ehemalige Erziehungsminister Tanahashi erhob diese Forderung. Junge Abgeordnete forderten eine Vorverlegung der Präsidentenwahlen für die LDP, eine Forderung, der sich auch ältere Parteibosse anschlossen. Ein solcher Schritt hätte für die LDP einen weiteren Imageverlust bedeutet, wäre Asō dann doch der vierte Regierungs- und Parteichef, der innerhalb von vier Jahren abtritt (ECONOMIST 04.07.2009).

Am 12. Juli wurden die Stadtverordneten von Tokyo neu gewählt; die Wahl galt als richtungweisend für das Schicksal Asōs und der LDP, schwere Verluste in Tokyo würden das vorzeitige Ende der Ära Asō bedeuten. Die Zeit verstrich und die Drohung stand im Raum: Die Niederlage der Regierungskoalition zeichnete sich ab, und Asō versuchte, seine letzte Chance zu nutzen, durch eine vorzeitige Auflösung des Unterhauses die Initiative zurück zu gewinnen. Andererseits war die Mehrheit der LDP-Führung sowie der Koalitionspartner Neue Kōmeitō gegen eine vorzeitige Auflösung und vorgezogene Neuwahlen, weil sie auf wirtschaftliche Erholung und Fehler der Opposition hofften (ASAHI SHINBUN 29.06.2009). Die LDP-Mehrheit der Abgeordneten und die Parlamentarier der Neuen Kōmeitō wollten einen möglichst großen Abstand zwischen den Kommunalwahlen in Tokyo und den Unterhauswahlen einschieben, die bis zum 10. September 2009 stattfinden mussten. Mindestens ein Monat sollte dazwischen verstreichen; hinzu kam, dass Tokyo eine traditionelle Machtbasis der Kōmeitō ist (MAINICHI DAILY NEWS 16.06.2009, DAILY YOMIURI 03.07.2009, ECONOMIST 04.07.2009).

Die Wahl der Stadtverordneten von Tokyo im Juli 2009 war vor den Unterhauswahlen von allen Abstimmungen mit Abstand die wichtigste Wahlentscheidung für die Zukunft der LDP: Seit April 2009 hatte die größte Regierungspartei vier Schlüsselwahlen verloren, darunter die Bürgermeisterwahlen von Nagoya und Saitama sowie die Gouverneurswahl von Chiba. Eine verheerende Niederlage wurde auch die Gouverneurswahl von Shizuoka vom 5. Juli, nachdem der Amtsinhaber zurückgetreten war; in allen Gebietskörperschaften siegten unabhängige Kandidaten, die jeweils von der DPJ und anderen Oppositionsparteien gestützt wurden (ASAHI SHINBUN 06.07.2009, MAINICHI SHINBUN 06.07.2009). In der LDP wurden als

Konsequenz der Niederlage von Shizuoka die Forderungen nach einem Rücktritt Asōs lauter (JAPAN TIMES 13.07.2009).

Die Präfekturparlamentswahlen von Tōkyō wurden für die LDP zu einem Katastrophensignal für die bevorstehenden Unterhauswahlen – die größte Regierungspartei erlitt eine verheerende Niederlage (vgl. Tab. 3). Zum ersten Mal seit 40 Jahren verlor die LDP die Mehrheit der Präfekturverordneten von Tōkyō. Um die 127 Mandate bewarben sich 221 Kandidaten, darunter 52 Frauen, je 58 Bewerber hatten LDP und DPJ aufgestellt, ca. 10 Mio. Wähler waren aufgerufen, ihre Stimmen abzugeben. Die DPJ konnte 22 politische Neulinge und 22 Frauen in das Stadtparlament entsenden. Die Ergebnisse im Einzelnen sind in Tabelle 1 wiedergegeben.

TABELLE 3: Ergebnis der Präfekturparlamentswahlen von Tōkyō, Juli 2009

Partei	Sitze vor 2009	Sitze 2009	Zugewinn/Verlust
DPJ	34	54	+20
LDP	48	38	-10
NKMT	22	23	+1
KPJ	8	13	-5
Tōkyō Seikatsusha	4	2	-2
Unabhängige	2	3	-1

Quelle: MAINICHI SHINBUN 13.07.2009.

5 Goldene Hochzeit des Kaiserpaares – ein Kaiserhaus des Volkes?

Kaiser Akihito wurde am 23. Dezember 1933 geboren, nach dem Tod seines Vaters Shōwa-Tennō bestieg er am 12. November 1990 den Thron. Im Alter von drei Jahren war er – der Tradition entsprechend – von seinen Eltern getrennt und von Hofbeamten erzogen worden, seine Eltern sah er nur im förmlichen Rahmen einmal wöchentlich. Bei Kriegsende war der jetzige Tennō zwölf Jahre alt, er wurde zum ersten Tennō, der seine herausgehobene Position unter einer neuen Verfassung erreichte. Er wollte »mit jedermann zusammen die Verfassung wahren und in ihrem Rahmen seine Pflicht erfüllen.« Am 10. April 1959 heiratete Akihito die Bürgerliche Michiko Shoda aus einer Industriellenfamilie; der Ehe entsprangen drei Kinder: Kronprinz Naruhito, Prinz Akishino und Prinzessin Nori. Im Gegensatz zu seinen eigenen Erfahrungen (oder vielleicht gerade deswegen) erzog das Kaiserpaar seine Kinder selbst, so weit es die täglichen Pflichten zuließen. Traditionalisten kritisierten die Ehe mit einer Bürgerlichen scharf, der rechtsgerichtete Schriftsteller Yukio

Mishima kritisierte besonders, dass der Tennō sich und seine Position zu einem reinen Medienobjekt werden ließ, um die Gunst des Volkes zu erringen. (JAPAN TIMES 9.4.09) Der Tennō arbeitete trotz seiner Erkrankung bis 2008 so aufopferungsvoll, dass selbst das stockkonservative Haushofamt darauf drängte, seine Arbeitslast zu reduzieren.

Im Jahre 2009 konnte das japanische Kaiserpaar seine Goldene Hochzeit feiern, 20 Jahre zuvor hatte der heutige Tennō den Thron bestiegen. Angesichts der Feierlichkeiten mögen viele japanische Bürger, die derselben Generation wie das Kaiserpaar angehören, sich an die eigene Lebenshälfte erinnert haben. Die Mutter der Kaiserin sagte in einem Interview, dass die Verlobung ihrer Tochter mit dem damaligen Kronprinzen »nichts als eine Demokratisierung bedeutete« (ASAHI SHINBUN 09.04.2009). Dennoch war der Einzug einer Bürgerlichen in den Palast ein dramatisches Ereignis, fand das Ereignis doch vor dem Hintergrund tiefer Verunsicherung hinsichtlich der Zukunft des Kaiserhauses statt. Kurz zuvor war im Irak mit Waffengewalt der König gestürzt worden und das japanische Kaiserhaus wurde von Unsicherheit über die eigene Zukunft gequält.

Nach der japanischen Verfassung ist der Tennō »Symbol Japans« und der »Einheit des japanischen Volkes«, aber der jetzige Tennō und sein Vater Shōwa-Tennō schufen ein neues Bild des Kaiserhauses, das sich als *taishū tennōsei* (Tennō-System des Volkes) bezeichnen ließe. Die Begegnung des späteren Kaiserpaares auf dem Tennisplatz und die Heirat einer Bürgerlichen in das Kaiserhaus wurden zum Symbol einer neuen Epoche: Das Kaiserhaus rückte in den Fokus der Medien, wurde zum Thema für TV-Features und Artikel der Wochenzeitschriften. Die Rolle des Tennō als Gottheit gehörte jetzt einer weit entfernten Vergangenheit an, das Kaiserhaus wurde zur »kaiserlichen Familie«, die vom Volk »respektiert und verehrt« wurde. Das Kaiserpaar besuchte die Orte der Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki und 2005 die Schlachtfelder auf Okinawa und Saipan, wo das Kaiserpaar der Opfer gedachte, sowie die Schauplätze von Naturkatastrophen und zeigte sich so eng dem Volk verbunden. Es gab auch Momente der Enttäuschung; so verweist ein Leitartikel selbstkritisch auf die »herzlose« Medienberichterstattung von 1993, als die Kaiserin unter dem Schock heftiger Medienschelte vorübergehend ihre Sprache verlor; ihr wurde eine allzu große Volksnähe vorgeworfen (ASAHI SHINBUN 09.04.2009). Dennoch hat das Kaiserpaar durch Worte und Taten – im Rahmen der Verfassung – ihrer Zeit einen Stempel aufgedrückt. 2004 übte Kronprinz Naruhito Kritik an der Medienberichterstattung hinsichtlich der (angeblich notwendigen) Geburt eines Thronfolgers der nächsten Generation, unter der die Kronprinzessin beträchtlich litt. Er bezeichnete die Berichterstattung als »Raub der Menschenwürde«. Diese Äußerung löste Irritationen aus: Erstmals hatte sich ein

Mitglied des Kaiserhauses offen in dieser Hinsicht geäußert; es wurden genaue Erläuterungen des Inhaltes gegenüber der Bevölkerung gefordert, selbst der Bruder des Kronprinzen, Prinz Akishino, äußerte sich vorsichtig befremdet. Nicht wenige Bürger sahen das Kaiserhaus in einer Existenzkrise, andererseits wurde wieder das Wort vom »Kaiserhaus des Volkes« beschworen. Epochen und mit ihnen die Gesellschaft ändern sich – also muss auch ein Mitglied des Kaiserhauses das Recht haben, seinen Gefühlen offener Ausdruck zu verleihen als es früher vorstellbar war. Zu jenem Zeitpunkt war die Zukunft des Kaiserhauses auch offen, da die weibliche Erbfolge im Hausgesetz des Kaiserhauses bis heute nicht geregelt und somit umstritten war. Durch die Geburt eines Sohnes in der Familie Akishinos (Dritter in der Erbfolge) scheint das Problem vorläufig vom Tisch, ist aber nur in die Zukunft verschoben (ASAHI SHINBUN 09.04.2009, NIHON KEIZAI SHINBUN 09.04.2009, TÔKYÔ SHINBUN 10.04.2009).

Literatur

- ASÔ, TARÔ (2008), »Measures to Counter Difficulties in People's Daily Lives«: *Outlines of Economic Countermeasures for the Japanese People*, 30. Oktober, <http://www.kantei.go.jp/foreign/asospeech/2008/10/081030taisaku.pdf>, Zugriff am 03.10.2009
- EHRHARDT, GEORGE (2009), »Rethinking the Komeito Voter«, in: *Japanese Journal of Political Science* 10, 1, S. 1–20
- ELLIOT, MICHAEL (2009), »The Man Who Wants to Save Japan«, in: *Time Magazine*, 23. März, S. 20–23
- KUSANO, ATSUSHI (2009), »Time for Change«, in: *Japan Echo* 36, 1, S. 38–42
- NAKASONE, YASUHIRO (interviewt durch Takashi Mikuriya) (2008), »What it Takes to be Prime Minister«, in: *Japan Echo* 36, 2, S. 37–41
- MIKURIYA, TAKASHI (2009), »Asô, Nakagawa mondai ga shimesu Jimintô no shizenshi« [Der natürliche Untergang der LDP, der sich am Beispiel von Asô und Nakagawa zeigt], in: *Chûô Kôron* 124, 4, S. 62–69
- MORITA, MINORU (2008), *My View on Koizumi's Retirement and Subsequent Media Spin*, <http://www.pluto.dti.ne.jp/~mor97512/EN90.HTML>, Zugriff am 16.08.2009
- MURAKAMI, HIROSHI (2009), »The Changing Party System in Japan 1993–2007: More Competition and Limited Convergence«, in: *Ritsumeikan Law Review* 26, S. 27–48.
- NEW KÔMEITÔ (2009), *New Komeito 2009 Manifesto (Key Policy Goals and Initiatives, House of Representative Elections): Ensuring the Quality of Life*, <http://www.komei.or.jp/en/policy/manifesto09.pdf>, Zugriff am 01.01.2009
- OKADA, KATSUYA (2008), »Ozawasan to watashi wa chigau« [Was Herr Ozawa und mich unterscheidet], in: *Bungei Shunjû* 86, 10, S. 126–133
- SHIRAISHI, TAKASHI (2009), »From the Editor«, in: *Japan Echo* 36, 1, S. 8
- TAKEMURA, MASAYOSHI (2008), »Persistent Problems in Japanese Politics«, in: *Japan Echo* 35, 6, S. 22–25
- TAKENAKA, HARUKATA (2008), »Drama in the Upper House«, in: *Japan Echo* 35, 4, S. 35
- TAKENAKA, HARUKATA (2009), »Asô in the Face of Crisis«, in: *Japan Echo* 36, 1, S. 36–37